

Bezugspreis: Vierteljahr 13,50 M., monatlich 4,50 M., frei ins Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Anzeigenzeile kostet 20 Pfennig...

Redaktion und Expedition: SW. 63, Lindenstr. 3.

Montag, den 12. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 63, Lindenstr. 3.

Belagerungszustand im Westen.

Ein Aufruf der Regierung.

Der Tag des Friedensschlusses, mit dem die Zeit der schwersten Lasten und Leistungen für uns anbricht...

Städte sind ohne Lebensmittelzüge,

manche Provinzen ohne Heizung und Beleuchtung. Wir haben in dem unglücklichen Wien schauernd miterlebt...

Damit fällt jeder Grund für den wirtschaftlichen Kampf weg. Gewissenlose Elemente außerhalb der Organisation führen aber den

politischen Kampf gegen das Volk

auf Kosten des Volkes. Sie wollen das Volk zermürben durch Hunger, Kälte und Not. Und die Folgen nach außen? Der Friedensschluss stellt uns vor schwere Pflichten...

Heimkehr unserer Kriegsgefangenen Brüder,

die seit Sonabend abtransportiert werden, auch nur um eine Stunde verzögert werden? Wollen sich die Angehörigen unserer Kriegsgefangenen solch frevelhaftes Tun gefallen lassen? Nein! Die preussische und Reichsregierung rufen dem ganzen Volke zu: Laßt Euch diese tödliche Be-

drückung nicht bieten! Steht zur Regierung, die dieser gewissenlosen Erschütterung mit allen auch den strengsten Maßnahmen entgegenzutreten wird.

Die preussische und die Reichsregierung fordern die Eisenbahnarbeiter im eigenen und im Gesamtinteresse des Volkes auf, ihren Dienst sofort wieder zu beginnen.

Jagt die Versüßer von Euch,

macht Euch nicht schuldig am Unheil Eurer Nachbarn und Arbeitsgenossen, denkt an die 400000 Kriegsgefangenen, die Euer Vorgehen an der Schwelle der Heimat von Frau und Familie aussperrt!

Wir werden mit aller Macht und allem Nachdruck diese Forderungen zu verhindern suchen. Wo es not tut, wird auf Grund des § 48 der Reichsverfassung

der Ausnahmezustand verhängt.

Es geht nicht um Partei oder Politik, es geht um das Dasein von uns allen. Wer das Leben seines Volkes will, kämpfe mit uns gegen die Forderung!

Berlin, den 11. Januar 1920.

Die Reichsregierung: Bauer, Koch, Dr. Bell. Die preussische Staatsregierung: Hirsch, Heine, Defer.

Die Verordnung.

Der Reichspräsident hat mit Zustimmung des Reichsministers die nachstehende Verordnung erlassen:

Verordnung auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen, Münster und Minden nötigen Maßnahmen.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung über die Regierungsbezirke Düsseldorf, Aachen, Münster und Minden folgendes an:

§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124, und 133 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt.

§ 2. Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf einen Militärbefehlshaber übertragen kann.

§ 3. Die Befehle des Militärbefehlshabers an die Zivilverwaltung und Gemeindebehörden sowie seine allgemeinen Anordnungen an die Bevölkerung sind, bevor sie ergehen, zur Kenntnis des Regierungskommissars zu bringen.

§ 4. Über den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zumiderhandelt oder zu solcher Zumiderhandlung ansetzt oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu tausendtausend Mark bestraft.

§ 5. Gegen die Anordnungen des Militärbefehlshabers im Einzelfalle steht die Weisung an den Reichswehrminister offen. Soweit es sich um Beschränkungen der persönlichen Freiheit handelt, ist das Gesetz, betreffend die Verhaftung und Aufenthaltbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916 (Reichs-Gesetzbl. Seite 1329) entsprechend anzuwenden.

§ 6. Diese Verordnung ist sofort in sämtlichen Gewaltbezirken des Reichs in ursprünglicher Gestalt bekanntzumachen.

Berlin, den 11. Januar 1920. Der Reichspräsident: gen. Oberl. Der Reichsminister des Innern: gen. Koch.

Zur Ernährungsfrage.

Reichsernährungsminister Robert Schmidt

entrollte gestern vor einer Riesensammlung Berliner Parteigenossen ein umfassendes Bild unserer Ernährungsfrage, um Ueberreizungen, die zum Teil agitatorischen Zwecken dienen sollen, entgegenzutreten.

Wenn auf der einen Seite das Volk agitatorisch verängstigt wird, sich hiermit die Zurückhaltung bei der Ablieferung von Lebensmitteln aus gewinnfüchtigen und politischen Motiven verbündet, dann offenbaren sich hier die Katastrophopolitiker, die mit Gewaltmitteln einen Zusammenbruch herbeiführen wollen.

Es ist die Aufgabe der Volksgenossen selbst, diesem gefährlichen Treiben entgegenzutreten. Das uns durch Streiks und Kohlenmangel arge Beklemmungen erwecken können, ist wohl möglich, die Lebensmittelversorgung an sich kann aber, wenn auch vielleicht mit Einschränkungen als gesichert betrachtet werden.

Sollte sich die Ablieferung seitens der Landwirte verweigern, so wäre der Minister gezwungen, daß Zwangswirtschaftssystem härter und schärfer aufzulieben. Der freie Verkehr mit den unentbehrlichen Lebensmitteln würde zu unerträglichen Preissteigerungen führen.

Dem verhängnisvollen Bestreben, die Inlandpreise den Weltmarktpreisen anzugleichen, wird der Minister nicht folgen. Ohne Rationierung, Höchstpreise und Zwangswirtschaft bei den wichtigsten Lebensmitteln und Rohstoffen geht es nicht! Würde das Wehl auf den Weltmarktpreis von 7800 M. für die Tonne gebracht werden, dann müßte das Brot 14,50 M. kosten.

Das Arbeitsministerium ist mit der Feststellung von Grundlöhnen beschäftigt, auf die den Steigerungen der Lebensunterhaltsmittel entsprechende Zuschläge gemacht werden müssen.

In Dreivierteljahre sind für 11 Milliarden Mark Lebensmittel und Rohstoffe eingeführt worden. Das ist ohne Rücksicht auf die Valuta geschieden, um die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Arbeit zu schaffen.

Die Industrie, sagt der Minister, leidet keine Not, solche Behauptungen sind Uebertreibungen. Die Unternehmerrgewinne können herabgesetzt werden, durch technische Verbesserungen, Spezialisierung und zusammenfassende Organisation lassen sich erhebliche Ersparnisse erzielen. Vor allem müsse die Inbesitznahme aller Naturschätze durch das Volk erfolgen.

Der Minister kam dann auf die Valutafrage zu sprechen. Für den ungünstigen Stand unserer Zahlungsmittel kann nicht ein Punkt allein die Erklärung abgeben. Hier vertrat der Minister die Auffassung, daß die hohen Preise große Umlaufmittel erfordern und die Bedeutung der Inflation überschätzt werde. Wir können dem Minister hier nicht beistimmen, denn wir sind der Ueberzeugung, daß eine zu große künstliche Kaufkraft entstanden ist, die zu den Preissteigerungen führt. Die Preise haben nun einmal die Eigenart, wenn Warenmangel besteht, so hoch zu klettern, als die vorhandene Kaufkraft es irgend gestattet. Ein Aufhalten der Preissteigerung ist unseres Erachtens also nur erreichbar,

wenn die Kaufkraft vermindert wird, was allein durch tief einschneidende Steuern und Abgaben seitens der besthenden Klassen geschehen kann, wenn aber auch auf der anderen Seite gleichzeitig das Warenangebot durch steigende Produktion vermehrt wird.

Unser Unglück, sagt der Minister weiter, ist die unzureichende Kohlenproduktion. 50 Prozent mehr Kohlen und wir wären über die Schwierigkeiten hinweg. Leider können die Arbeiter in den Bergwerken nicht wahllos vermehrt werden. 80 000 Arbeiter sind der Kohlenzeugung zugeführt worden. Die Kohlennot bedrückt uns und viel härter als die Lebensmittelverhältnisse.

Die Theorie, erst die Wirtschaft völlig verfallen zu lassen, um dann eine neue aufzurichten, hat überall Schiffbruch gelitten. Jeder Funken von wirtschaftlicher Lebenskraft muß angezündet werden. Wohl hat der Herrgott die Welt aus dem Nichts geschaffen. Aber dieses Wunder bringen niemals diejenigen zustande, die von einem Zusammenbruch des Ersten einer vollkommenen Gesellschaft erwarten. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, durch die Arbeit der Millionen Proletarier, den Wiederaufbau zu bewerkstelligen. Die Treue zu den alten Grundsätzen der Partei wird uns vorwärts helfen.

Der Bezirksverband Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hielt am Sonntag im großen Saal des Kriegervereinshauses eine Funktionärsversammlung ab mit der Tagesordnung: Der gegenwärtige Stand der deutschen Volksernährung. Der Referent

Reichsernährungsminister Schmidt

fährte aus: Es ist eine maßlose Uebertreibung, wenn in der Presse von einem in kurzer Zeit eintretenden Zusammenbruch unserer Volksernährung gesprochen wird. Wir haben eine gute Getreideernte gehabt. Im vergangenen Jahre, das

wesentlich ungenügender war, sind ebenfalls Befürchtungen ausgesprochen worden, daß wir mit den Getreidevorräten nicht auskommen würden. Trotzdem ist es mir gelungen, die Nation von 300 Gramm Mehl pro Kopf bis zum Schluß des Erntejahres durchzuhalten. Solche größeren Vorberichtigungen, wie sie jetzt wieder notwendig werden, erzeugen Befürchtungen im Volke und schädigen unseren Kredit im Auslande, den wir doch notwendig gebrauchen. Schließlich befreit man mit solchen Vorkaufungslofen Programmen die Geschäfte der Unabhängigen, die ja auf den Zusammenbruch rechnen. Auch auf die Landwirtschaft wirken solche Vorberichtigungen in der Weise, daß sie auf einen Zusammenbruch der Nahrungswirtschaft hoffen.

Es ist leider eine Notwendigkeit geworden, Prämien an die Landwirte zu geben, um sie zu einem möglichst frühen Abheften zu bewegen. Die Frühbrutprämie hat den Erfolg gehabt, daß wir eine

Mehrablieferung von 40 000 Tonnen pro Tag

erzielt. Die jetzt bewilligte neue Prämie wird eine ähnliche Wirkung haben. Die Verbesserung des Mehles durch stärkere Ausmahlung ist mir zum Vorwurf gemacht worden. Ich bedaure diese Maßnahmen durch die das Brot nachher gemacht ist, durchaus nicht. Ich bin überzeugt, daß wir trotzdem auskommen. Wir brauchen vorher der heimischen Ernte allerdings noch eine Einfuhr vom Auslande. Zunächst aber muß alles getan werden, um die heimische Ernte herauszubringen. Sollte sich später herausstellen, daß eine größere Sparigkeit mit dem Brotgetreide notwendig ist, dann können wir nötigenfalls durch schärfere Auswahl und Abschaffung der Brotkrumen auf das Maß, das sie in den Kriegsjahren hatte, so viel sparen, daß

die Brotversorgung ohne Zweifel gesichert

ist. Dem Eisenbahnstreik sehe ich mit großer Sorge entgegen. Er ist für unser Wirtschaftsleben eine große Gefahr. Dagegen bin ich machtlos. Ich kann nur an die Arbeiterschaft appellieren, daß sie in dieser schweren Zeit keine neuen Gefahren heraufbeschwören, denn sonst können durch den gestörten Transport Schwierigkeiten in der Brotversorgung eintreten. — Die Verteilung von Brotgetreide nach dem Auslande, die leider in größtem Umfang betrieben werden, sind das schwerste Verbrechen, was in der gegenwärtigen Zeit verübt werden kann. (Lebhaft Zustimmung.) Leider haben wir nicht die Mittel zur Verfügung, um den Schleichhandel zu unterbinden. (Ruf: An die Wand stellen.) Die Maßnahmen der Entente hindern uns, die Grenzen für die Lebensmittelzufuhr zu sperren. Zur wirksamen Bekämpfung des Schleichhandels bedürfte wir der Mitwirkung der Bevölkerung. Die neuen Bestimmungen zur Bekämpfung des Lebensmittelwunders werden ja auch ihre Wirkung tun. — Der Redner fährt weiter aus, daß das von gewisser Seite gestellte Verlangen, die Lebensmittelpreise von Weltmarktpreisen anzupassen, unerfüllbar sei, denn dadurch würde der Preis des vierzehnfachhöheren Bieres auf 14,50 Mk. zu steigen kommen. Solchen abernen Sozialisten kann ich natürlich nicht zustimmen. Die für die Preislenkung zur Verfügung gestellten 3 1/2 Milliarden sind nahezu verbraucht.

Eine wichtige Frage ist

die Verquickung von Lohn und Preis.

Ich kann es leider nicht vermeiden, daß eine Anzahl von Lebensmitteln noch im Preise steigen. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse werden unsere Gewerkschaften in ihren Tarifen einen Grundlohn festsetzen müssen und daneben Zusätze, die nicht an Zeit und Ort gebunden sind und sich nach den Lebensmittelpreisen bewegen. Die Industrie muß sich bewußt werden, daß jede Steigerung der Lebensmittelpreise eine Lohnerhöhung zur Folge hat. Dann werden auch die Forderungen der Preissteigerung der Lebensmittel eingehender geprüft werden. Wenn wir aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauskommen wollen, muß unsere Produktion gesteigert werden durch technische Verbesserungen, Spezialisierung der Betriebe, Verknüpfung der Naturkräfte durch die Gesellschaft.

Der Redner behandelte eingehend die Salutarfrage. Was uns an Eisen zur Verfügung steht, muß reiflich gebraucht werden zur Einführung von Kohlenstoffen, die unsere Industrie braucht. Notwendig sind sie vor allem für die Textilindustrie. Wir haben mit der Kohlenstoffzufuhr schon viel zu viel gespart. Wir müssen alles tun, um in der Zukunft von Industrieerzeugnissen unsere Leistungsfähigkeit zu erhöhen, soweit Kohlenstoffe dafür vorhanden sind. — Man soll die Verhältnisse nicht immer so trübe ansehen. Immer, wenn es nicht nach Wunsch ging,

hat man den Zusammenbruch befürchtet, und er ist doch nicht eingetreten. So können wir auch jetzt sagen:

Die Befürchtungen sind übertrieben. Unser Wirtschaftsleben geht wieder empor.

Wenn es möglich wäre, unsere Kohlenproduktion um 50 Prozent zu steigern, dann würden wir aus den Schwierigkeiten herauskommen. Darum sage ich immer wieder, die Kohlenförderung ist der Lebensnerve unserer Wirtschaft. Es darf nicht angegriffen werden. Das gilt auch für die Eisenbahn, Kohlenförderung und Eisenbahn müssen wieder auf ihre alte Leistungsfähigkeit gebracht werden. Dann ist es leicht, die Industrie, die ihre Kohlenstoffe im Inlande hat, wieder auf die Höhe zu bringen. Es ist ein Jammer, mitanzusehen zu müssen, daß solche Kohlenstoffe, namentlich auch Düngemittel, die die Landwirtschaft so notwendig braucht, an den Produktionsstätten in großen Mengen liegen, aber aus Mangel an Transportmitteln nicht dahin gebracht werden können, wo sie gebraucht werden. Da müssen wir einschreiten. Aber das ist ungebührlich schwer. Die Arbeit in den Kohlenbergwerken können wir nicht beliebig steigern, denn dazu gehören geübte Arbeiter, auch spielt die Wohnungsfrage dabei eine Rolle, an deren Lösung wir arbeiten. Viel schwieriger wie die Lebensmittelversorgung ist die Kohlenversorgung. Wenn wir über diesen Winter hinweg sind, dann wird es möglich sein, wieder zu einer gesunden Grundlage unseres Wirtschaftslebens zu kommen.

Der Ausblick in die Zukunft

ist unfröhlich. Wir haben schwere volkswirtschaftliche und politische Probleme zu lösen. Ich appelliere deshalb an unsere Freunde, daß sie sich nicht durch die Kritik an unseren Maßnahmen an den Grundfragen und den politischen Aufgaben unserer Partei irremachen lassen. Es ist heute schwerer wie je, das durchzuführen, was wir nach unseren Grundfragen in ihrer Reinheit möchten und für notwendig halten. Wenn sich unsere Genossen vorhalten, was wir in der kurzen Zeit unserer Verantwortlichkeit geleistet haben: Die ungeheure Demobilisierung des Willensheeres, den langsamen Wiederaufbau der Industrie, dann werden sie denen nicht zustimmen, die meinen, es wäre besser gewesen, wenn wir uns nicht an der Regierung beteiligten und alles hätten in Trümmern fallen lassen. Die Hoffnung, daß man auf den Trümmern der alten Gesellschaft eine neue Gesellschaft aufbauen kann, hat nach allen bisherigen Erfahrungen Schiffbruch erlitten. Wir müssen da wieder aufbauen, wo sich die letzten Reste des wirtschaftlichen Lebens zeigen. Aus dem Nichts kann man nichts schaffen. Wir können uns nur verlassen auf unsere Arbeit und die Mitarbeit unserer Parteigenossen. (Lebhaft Beifall.)

Die

Diskussion

was eröffnet.

Völler bespricht einen Fall von verpönteiliger Kartoffelverfehlung auf einem Gute, wegen deren er sich mit einer Beschwerde an das Wirtschaftsministerium gewandt hat, die aber als unangeordnet bezeichnet worden sei. Die Angehörigen dessen, der die Beschwerde veranlaßt habe, seien vom Gutserhalter gemäßregelt worden. — Buchmann tritt ein für Ausschaltung des Zwischenhandels in der Lebensmittelversorgung. Die Produkte würden durch den Zwischenhandel sehr stark verunreinigt. Die Gemeinden müßten die für ihren Bezirk benötigten Lebensmittel direkt bei den Produzenten einkaufen. — Popp fordert härtere Strafen, auch Bußhaus, für Lebensmittelverfehlungen. — Wendelsohn tritt für gerechte Preisfestsetzungen ein. — Erwin Barth verweist darauf, daß unsere Produktion gegenwärtig den Bedarf nicht deckt. Es müßte auf die Leistungsleistung dieses Wirtschaftskreises hingewirkt werden. Der Gewinn des Handels habe die Lebensmittelpreise auf eine unerschwingliche Höhe gebracht. Die nicht produktive Tätigkeit des Handels bringe einen viel höheren Gewinn wie die produktive Arbeit. Wenn wir die Arbeitslosigkeit heben wollen, muß dieses Mißverhältnis beseitigt werden. Hier müssen Maßnahmen von äußerster Strenge durchgeführt werden. Die Lebensmittelpreise werden abnehmend noch viel höher steigen, denn wir müssen doch zur Deckung des Defizits an Lebensmitteln in immer stärkerem Maße die Einfuhr vom Auslande benutzen. Durch Auslandsdefizit allein können wir nicht alles bezahlen, was wir brauchen. Wir müssen deshalb die Inlandsproduktion an Lebensmitteln mit allen Kräften steigern. Die Feindschaft zwischen Stadt und Land ist ein Unglück. Um den Landwirten den nötigen Anreiz zu geben, müssen die Höchstpreise dementsprechend festgesetzt werden. Wenn das ge-

schieht, dann ist es gerechtfertigt, daß die Regierung mit jedem Zwangsmittel gegen den Schleichhandel vorgeht, und zwar mit anderen Maßnahmen, als sie das gegenwärtige Strafrecht zuläßt. Es muß auch eine Form gefunden werden, um die Löhne den Lebensmittelpreisen anzupassen. Redner verwies dabei auf die gleitenden Löhne. — Goldschmidt kritisiert die Freigabe des Handels in Leder und Hefe. Wenn der Hefe zu Bucherpreisen im freien Verkehr verkauft werden kann, dann ist es kein Wunder, daß die Landwirte Brotgetreide veräußern und den Hefe verlaufen. In der Lohnpolitik genüge nicht das Vorgehen der Gewerkschaften, sondern durch Beschneidung der Unternehmer verpflichtet werden, die Verteuerung der Lebensmittel durch entsprechende Lohnherabsetzung auszugleichen. — Klein fordert entsprechende Maßnahmen gegen die Anlegung von Kapital im Auslande sowie gegen das Verfüßern von Brotgetreide und gegen den Schleichhandel. Der Redner erklärt sich gegen die Gewährung von Anreizprämien an die Landwirte, da ja den Arbeitern keine Prämie für die Verwendung ihrer Arbeitskraft gewährt werde. Wir arbeiten freiwillig, weil es das Allgemeininteresse erfordert. Das fordern wir auch von den Landwirten. — Käßlich verlangt, daß die Landwirte im Interesse einer geordneten Lebensmittelversorgung zum Anbau der Produkte gezwungen werden, die zur Ernährung des Volkes notwendig sind. Ländliche Arbeitsgemeinschaften müßten gegründet werden, die den Anbau und die Ablieferung kontrollieren. Die Besitzer, welche ihren Pflichten nicht nachkommen, müßten durch die Arbeitsgemeinschaft unter Androhung der Hebernahme des Betriebes dazu angehalten werden. Die Sozialisierung müsse da einsetzen, wo der Lebensnerve des Volkes liegt: in der Landwirtschaft.

Robert Schmidt ging im

Schlussswort

eingehend auf die in der Diskussion vorgebrachten kritischen Vorwürfe ein. Er versicherte, daß er allen Angaben über Lebensmittelverfehlungen nachgeben werde, wenn sie ihm mit dem nötigen Beweismaterial zugehen. Anzeigen, bei denen die Beweise nicht zu erbringen sind, weil der Anzeigende mit seiner Person nicht hervortreten will, könnten allerdings keinen Erfolg haben. Die neuen

Strafbestimmungen gegen den Schleichhandel

würden schon in kurzer Zeit ihre Wirkung zeigen. Dem Redner, der die Arbeitsfreudigkeit der städtischen Arbeiter betonte im Gegensatz zu den Landwirten, müsse er sagen, man solle durch solche Gegenüberstellung den leider bestehenden Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht verschärfen. Es müsse anerkannt werden, daß auch auf dem Lande tüchtig gearbeitet wird. Ein Anbauzwang für landliche Produkte sei undenkbar. Es müsse den Landwirten überlassen bleiben, den Anbau nach Lage ihrer Wirtschaft selbst zu regeln. Für die ländlichen Arbeitsgemeinschaften könne er Schmidt, sich nicht begeistern, denn es habe sich gezeigt, daß die Arbeitsgemeinschaften auf dem Lande keineswegs zur Förderung der Lebensmittelablieferung beigetragen haben.

Der Vorsitzende Franz Krüger schloß die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß sich aus den Ausführungen des Genossen Schmidt ergeben habe, daß unsere Ernährungsfrage zwar ernst ist, aber aber die Befürchtung, wie Kassen vor dem Zusammenbruch übertrieben ist. Solche Beschlüsse würden nur verbreitet im Interesse der extremen Parteien. In diesem Sinne würden die Parteigenossen in ihren Kreisen ausflüßend wirken. Von der Regierung werde andererseits erwartet, daß sie alle Mittel anwende, um die inländische Produktion an Lebensmitteln zu heben, sie zu erleichtern und gerecht zu verteilen. Darin müsse die Regierung von der Bevölkerung unterstützt werden, dann kommen wir über die ernste Situation hinaus.

Der Redner machte noch auf die am Montagabend stattfindende Funktionärskonferenz aufmerksam, die zum Betriebsratgesetz Stellung nimmt, und ersuchte die Parteigenossen, die gegen das Betriebsratgesetz gerichtete Demonstration der Unabhängigen nicht zu unterstützen.

Die Einigung in Danzig gescheitert.

(Drohmelung des „Vorwärts“.)

Ein gemeinsamer Parteitag beider sozialdemokratischer Parteien nahm zu dem Einigungsprogramm Stellung. Nach stundenlangem Aussprache wurde der Antrag der Unabhängigen, der eine Verschärfung des Einigungsprogramms bedeutet, abgelehnt. Die Einigung ist infolgedessen gescheitert.

Technik der Briefmarke.

Von Franz Helmberger,
Direktor der Reichsdruckerei.

Am 1. Dezember 1919 erließ der Reichspostminister ein Preisverzeichnis für Briefmarken, die die Germaniamarken ersetzen sollen. Der Wettbewerb, dessen Bedingungen durch das Reichspostministerium in Berlin W. 66 festgesetzt zu bestehen sind, läuft Ende Januar ab. Er ist öffentlich. Jeder Deutsche kann sich daran beteiligen und so sein Votum zurgebung unserer viergrößten Briefmarkenart beibringen. Aus diesem Anlaß erscheinen wohl einige Worte über die rein technischen Erfordernisse der Postwertzeichen und ihrer Herstellung am Platze.

Was ist die Marke? In erster Linie geldwertes Verkehrsmittel, sodann Symbol staatlicher Oberhoheit, zweitens kunstgewerbliches Erzeugnis, nach dessen Güte man, nicht zum letzten, die ethischen Werte unseres Volkes beurteilen kann. Jede dieser Eigenschaften stellt besondere und hohe Anforderungen. Ihre Erfüllung ist unter den gegebenen Umständen schwieriger, als mancher denken mag.

Obenan steht der Geldwert. Er verlangt den größtmöglichen Schutz vor Fälschung. Die sicherste Gewähr hierfür bietet neben einer genauen Kontrolle der Herstellung und Veräußerung die Anwendung einer Technik, die die Nachahmung erschwert und auch den Laien Fälschungen leicht erkennen läßt. Bei Schaffung des Markenbildes muß also die Möglichkeit reicher technischer Entfaltung berücksichtigt und den Eigenheiten des anzuwendenden Druckverfahrens in die Hände gearbeitet werden. Es ist kein Zweifel, daß der weitaus größte Teil aller umlaufenden Briefmarken Allegorien, Figuren oder Bildnisse darstellt. Denn das Porträt gibt von jeder als das am schwierigsten zu fälschende Abbild. Selbst die geringste Veränderung in der Zeichnung hat einen völlig anderen Gesichtsausdruck zur Folge und macht sich dadurch dem ungeübten Auge am ehesten bemerkbar. Andere bildliche Darstellungen bereiten dem Fälscher minder Schwierigkeiten, da hier weniger einprägsame Zufallsbildungen auftreten, denen sich mit mancherlei Mitteln nachkommen läßt. Sehr viel besser ist dagegen reiches, gut durchgearbeitetes Flächenornament, möglichst in Verbindung mit Gullihenmustern. Außer der Zeichnung gewähren auch Papier und Farbe einen gewissen Schutz, doch dies erst in zweiter Linie.

Der symbolischen Bedeutung der Marke die entsprechende Beachtung zu schenken, wird niemandem schwer fallen, der sich mit ihrem Zwecke eingehender beschäftigt hat. Werden Symbole irgendeiner Art als Vorbild benutzt, so ist es wohl selbstverständlich, daß sie mit dem Charakter der Briefmarke als „Staatspapier“ in näherem Zusammenhange stehen. Gerade unsere Zeit bietet genug des Parlatan, um neuen Gedanken schöne und hoffnungsvolle Gestalt verleihen zu können.

So bliebe noch die Marke als Kunstwerk. Daß es ein solches, und zwar ein gutes sein soll, steht fest, nicht aber die Art seiner

Auffassung, obwohl sich diese aus der Zweckbestimmung der Marke von selbst ergeben muß. Der Geldwert der Briefmarken und der dadurch bedingte Schutz vor Nachahmung gebieten von vornherein einen gewissen Reichtum in der Ausstattung und Werten des sogenannten Malstils. Reichtum ist freilich etwas anderes als Überladenheit. Mit Geschick und Kunst muß es in den Rahmen des Ganzen gefügt werden. Wenn Schönheit und Zweckmäßigkeit im rechten Maße vereint sind, gehen sie erst jenes Bild, das die Bezeichnung „Kunstwerk“ in Ehren trägt. Meisterwerke in diesem Sinne waren die österreichischen Briefmarken des verflorenen Jahrzehnts. Stets wird sich empfehlen, einen einzigen Hauptvorwurf — sei es Hysterie, sei es biblische Parität — im gegebenen Format großzügig zu verarbeiten und nicht sagendes Beiwerk zu vermeiden. Der rechte Künstler wird trotzdem die nötige Abwechslung zu schaffen wissen und selbst die nächsten Anforderungen des öffentlichen Lesers in Schönheit lösen. Unanfechtbar und fähig ist die Wiedergabe von bildlichen Darstellungen von großen Ausmessungen. Die übertriebene Verfeinerung zerstört jede Wirkung, während die unnatürlichen Anforderungen an die Drucktechnik nach dem weiteren nach Mißerfolge beitragen.

Die Germaniamarke wurde viel gelästert. Der Grund hierfür lag nicht nur in ihrer künstlerischen Preiswürdigkeit: wir waren des Bildes auch sonst längst überdrüssig geworden und verlangten nach Neuem. Darum muß die Lebensdauer der künftigen Marken beschränkt und öfter mit der Ausgabe gewechselt werden.

Staatsoper: Madame Butterfly.

Aus dem Scheintop ist diese japanische Sittengeschichte wieder auferstanden. Und erstrahlt jetzt wie einst. Das wirkt der Stoff, an dem wir alle so innert beteiligt sind. Liebe und Eitel, Treue und Haterhaftigkeit, hegelisches Geranierstein eines Glanzes an die Beständigkeit von Schicksal und allzu bequemes Hinwegsehen über die Schwammwagen der Leidenschaft — wen ginge das nicht an, wen trafe das nicht! Schönes Symbol des neubengelpannten Süds: Butterfly, Suzuki und das Kind warten eine Nacht auf den zurückkehrenden Freund, Gatten, Vater. Vergeblich und nicht ermahnt, gehoben von der Wandlung einer Hoffnung, einer Sehnsucht, die nur im Grab verweilt. Die Musik Puccinis haftet an den großen Vätern dieser tragischen Szenen. Nehmt vierzig Seiten der Partitur und Ihr habt den Akt, einen Akt: und Ihr habt den ganzen Puccini, der nur in der Höhe stärker war. Der führende Meister gegen die Grobheit des Verismo, ein interaktiver Illustriator voller gleichzeitiger Einsätze, spielend mit Feinheiten des Orchesters, die uns durch Rhythmus zur Gewohnheit geworden sind. Auch er zu schwach an Ingenium, um einem dritten Akt Ruhe, Sättigung, musikalische Tragkraft zu verleihen. Aber er gewinnt uns zum Wiedersehen, treibt die Erinnerung fort von der Höhe seines Melos und vertraut finalistische Wirkung dem italienischen Schöneklang.

Carneo und Dejmira, Barrer und Racleman ein — heute nur die Duz. Ein zartes, grazioses Japanerkind mit dem schönen Wissen von der Liebe; ein gequältes Tier, ein eiferndes Weib,

Dulcinea und Zerolne, eine erliche, eine menschlich durchpulste Gestalt. Und in allem Singen: die feine Linie ihrer kultivierten, diamantklaren Stimme. Die Duz trug das Werk. Der Vinterton Riedmets wurde Stofflage. Und in das Szenarium des vergrößerten Dramas trug nur Krümers mannhafter Konjunkt eine feine Nuance. Die Brutalität des Schlußes Hauptrolle eine weite Regie (Holt) glücklich ab. Stiebs legte Feuer an die Partitur. So leuchteten die Farben, und die lockere Struktur brannte durch. Doch auf dem Heimweg rüttelte das Trio des Weits noch einmal Herz und Sinne auf.

Kurt Singer.

Gegen den Filmzensur-Entwurf protestierte gestern in den Kammerjalen eine vom Zensurverband der Film- und Kinoangehörigen Deutschlands überausen Versammlung. Nach einem heftigen rednerischen Sturm auf des Verbandshandlung Dr. Wenzel Goldbaum, dem Professor Naar vom Goethebund und Professor Dr. Leibig aus der Landesversammlung vertrieben, wurde ein Ausschuss gewählt, der sofort mit der Nationalversammlung und den Parteien Verbindung nehmen soll, um gegen den Zensur-Entwurf zu wirken, der, wie die von der Versammlung angenommene Resolution sagt, eine „Abwägung der Industrie“ und eine „Anhebung der freien Gedankenäußerung“ bezweckt. Die Angriffe der Film-inferenten werden in der Nationalversammlung die Kritik finden, die sie herausfordern.

Theater. In der Volkshalle sind bei der Uraufführung von Franz Wedekinds „Der Liebestrank“ am 17. Januar die Hauptrollen wie folgt besetzt: Fisk — Julius Sachs, Jurin — Adele Sandrod, Katharina — Marion Kogler, Schweigelin — Ernst Stahl-Rohbau, Edelin — Richard Deolod, Tullana — Clara von Gruner. Die Regie führt Edgar Kisch. — „Eine Hobeit, der Dieb“, ein Spiel in drei Akten, das Kisch, Regie von Kurt Postel, geht am 17. Januar am Friedrich-Wilhelmshoftheater in Szene.

Kunst. Spanien, der bekannte Maler und Herausgeber der „Signale“, ist im Alter von 87 Jahren gestorben. Er hat als Maler, als Zeichner und Schriftsteller in Amerika und seit 1906 in Berlin fruchtbar gewirkt. Ein polemischer Kopf, tätig in der Bewegung des Surrealismus, nicht minder eifrig gegen das Plaisir und Unvollkommene. Selbst wenn es sich an berühmte Namen knüpfte, seine kritische Stellung dem Kolof Strauß gegenüber wirkte auch anders Denkenden imponieren. Ein Köhner, ein wirklicher Sachmann, ein vornehmer Mensch schied mit ihm.

Lichtbildvorträge über Oberstufen veranstaltet die „Arantie“ am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, abends 8 Uhr. Der Vortrags-Schriftsteller Georg Ballma erteilt ein Bild dieser Woche.

Vortragsabend. Ruth Wagners ein Vortrag am ihrem Vortragabend am Dienstag, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Hermann-Lübke-Saal, Theaterstraße. Epische, Dramatische sowie Collagen von Schiller, Heine, Goethe, Müllers, Goldschmidt, Höpfer und Hauptmann. — Hilda Wagner tritt am 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Reichs-Saal „Die Verze“ des Westfalens, in der Ueberragung von Dion Fenchmann, vor. — Al-Berliner Humor spendet Hans Balden von der Volkshalle am 19. Januar, 7 1/2 Uhr, im Saal der Berliner Zeitung.

Weiter Auswanderung nach Südamerika und Mexiko spricht im Klubhaus-Saal am 18. Januar, 7 1/2 Uhr, Reichs-Klub-Saal.

Musik. Herold und Rube Schanabel ab am 12. Januar, 7 1/2 Uhr, im Reichs-Saal einen Schanabel-Saalabend.

Kostümabend. Filma Mönchberg, die Refektorien an der Hamburger Universität, veranstaltet am 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Saal des Kneipklubs einen egoistischen und europäischen Kostümabend.

